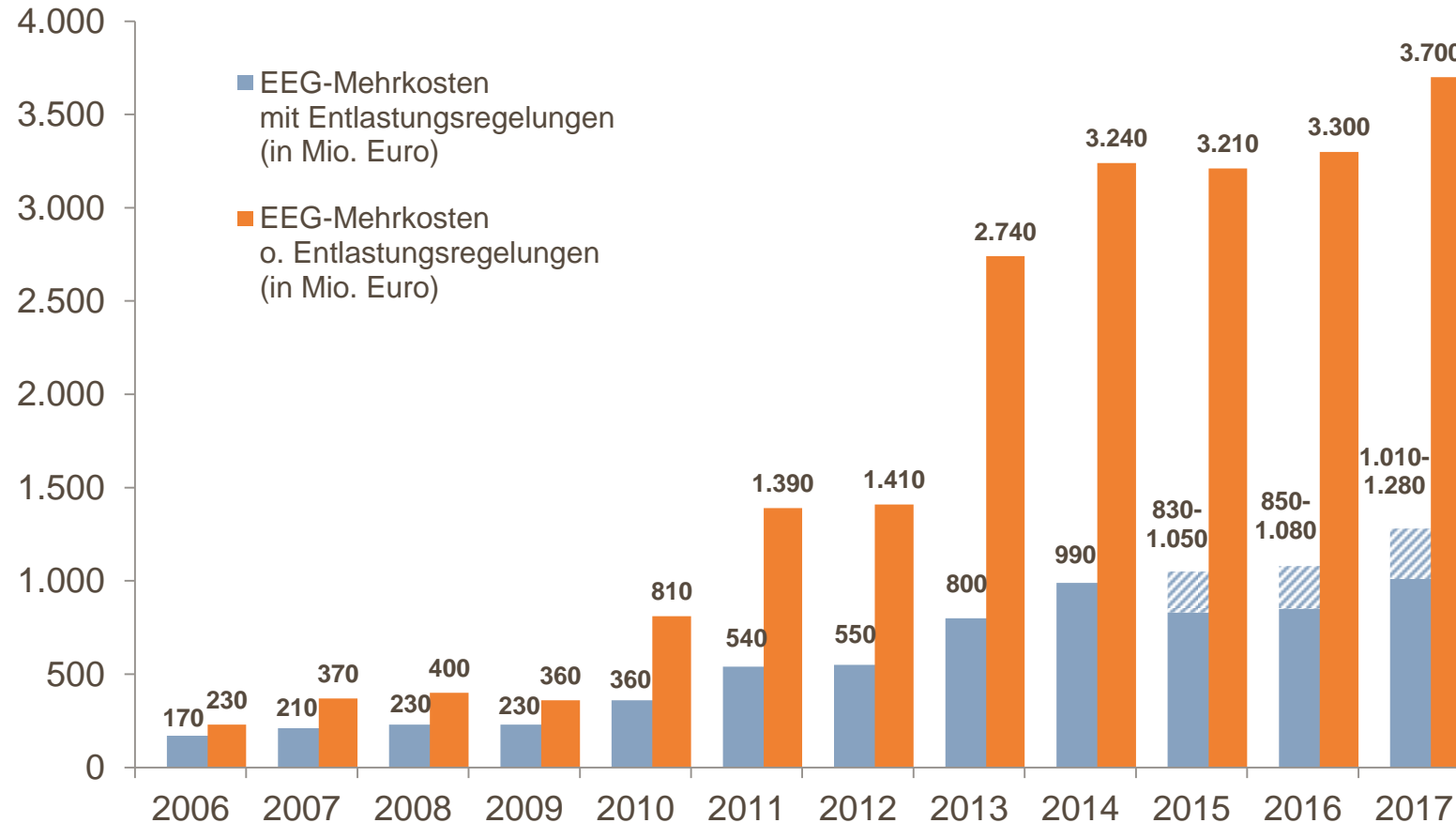


Trotz Härtefallregelung hohe Kostenbelastung

EEG-Kosten für die chemisch-pharmazeutische Industrie

In Millionen Euro



Seit 2006 sind die EEG-Kosten für die chemische Industrie um ein Vielfaches gestiegen. Insgesamt hat die Branche seither etwa 7 Milliarden Euro gezahlt. Etwa 90 Prozent aller Chemieunternehmen sind nicht entlastet und zahlen die volle EEG-Umlage. Einzig die weitgehende Befreiung für sehr energieintensive Unternehmen hat eine noch höhere Belastung verhindert.

Quelle: VCI

Ab 2013 EEG-Mehrkosten ohne Härtefallregel und ohne Befreiung der Eigenerzeugung

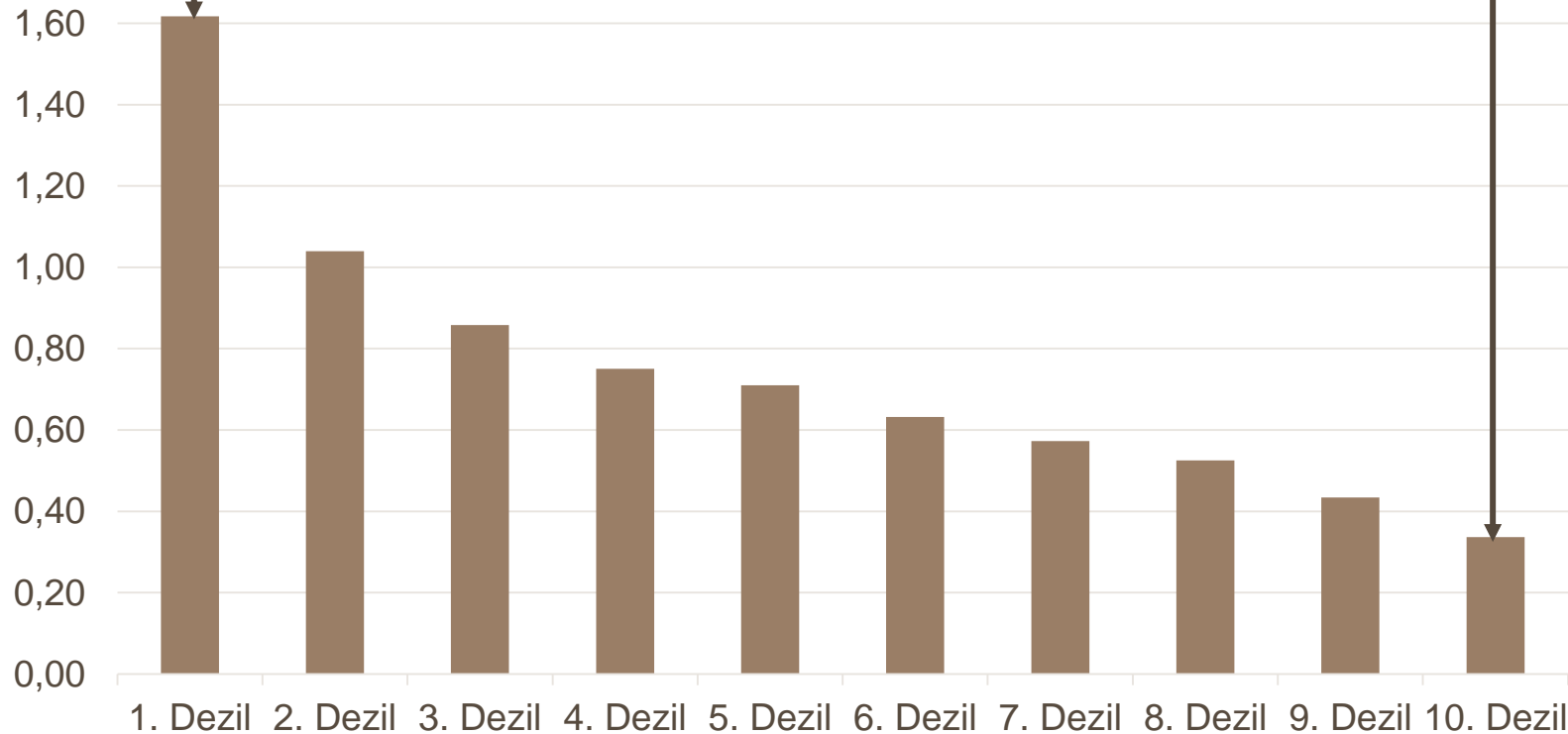
EEG-Umlage belastet Niedrigverdiener überproportional

Anteil der EEG-Kosten am Haushaltseinkommen*

In Prozent

1. Dezil: 10 Prozent der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen

10. Dezil: 10 Prozent der Haushalte mit den höchsten Einkommen



Finanziell schlechter gestellte Haushalte müssen einen weit größeren Anteil ihres verfügbaren Einkommens für die EEG-Umlage ausgeben als vermögendere Haushalte. Dadurch entsteht eine soziale Schieflage.

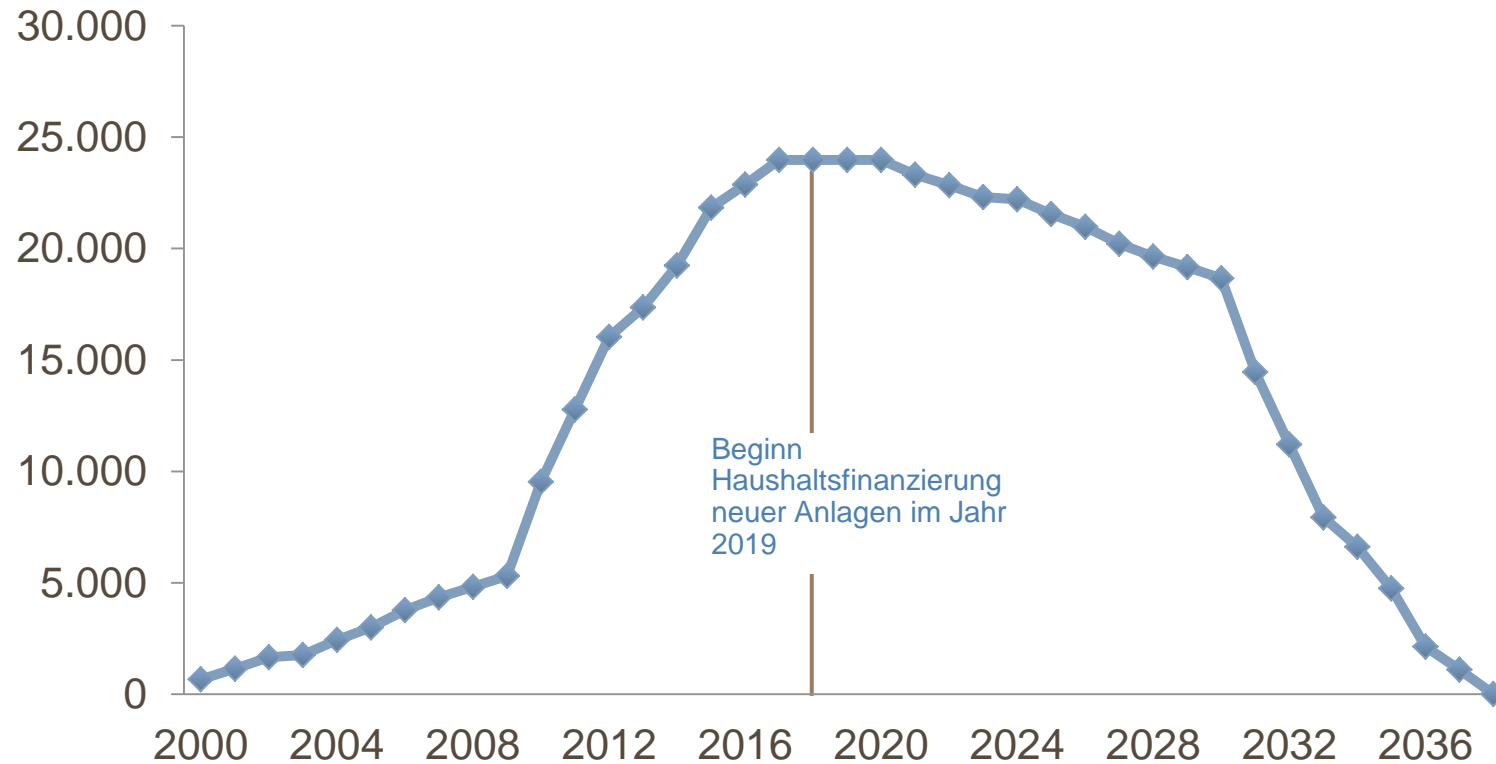
Daten: Sozio-ökonomisches Panel, Welle 2015; Berechnung: IW Köln *Bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen: Die Einkommen werden durch Bedarfsgewichte geteilt, die Haushaltsgröße und -zusammensetzung repräsentieren.

Welche Auswirkung hat der Vorschlag auf die EEG-Kosten?

Entwicklung Differenzkosten von bestehenden EE-Anlagen

Annahme: Haushaltsfinanzierung neuer EE-Anlagen ab 2019

EEG-Differenzkosten 2000 bis 2038 in Millionen Euro

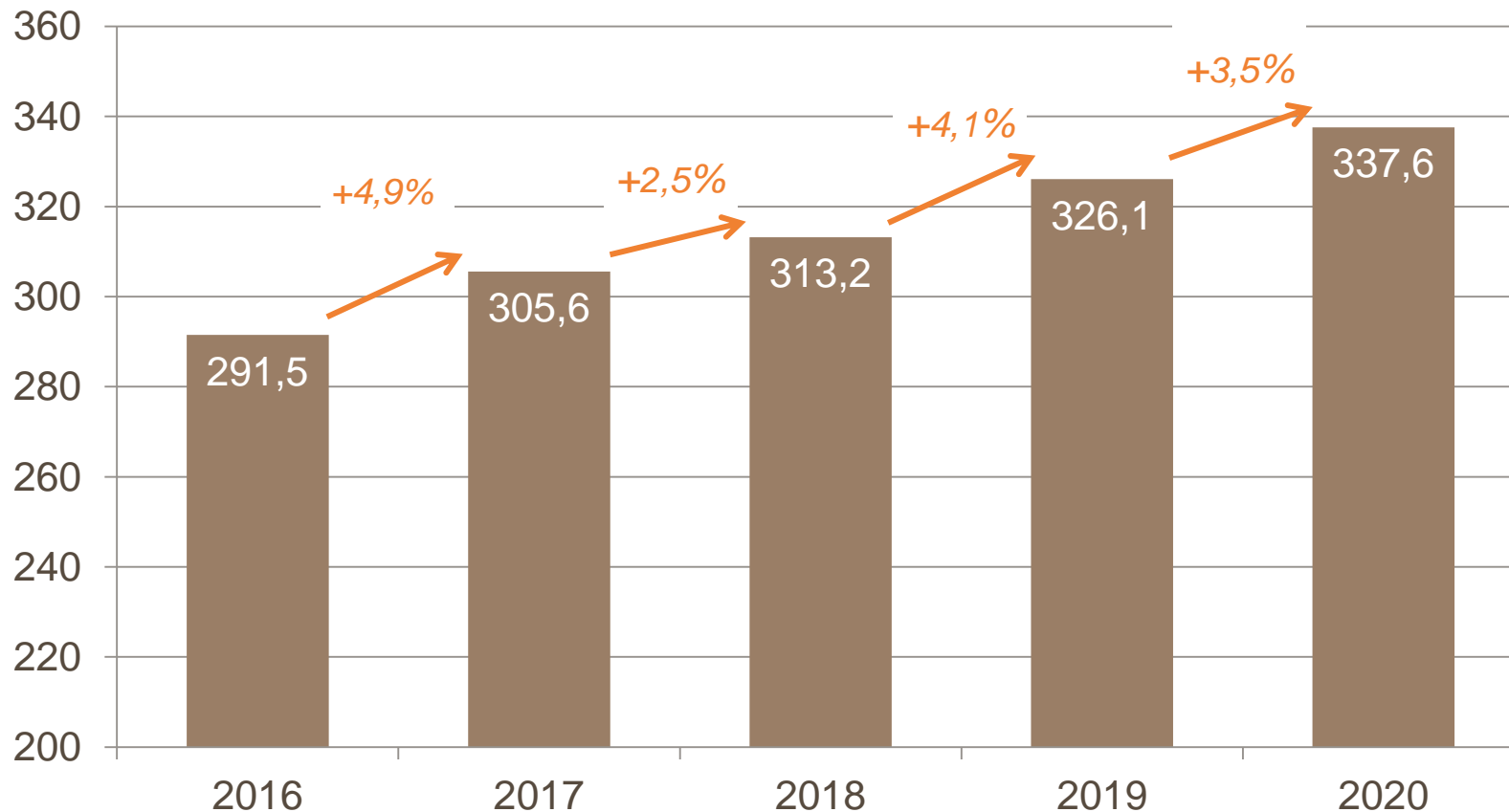


Das Modell des VCI würde bewirken, dass die EEG-Umlage ab 2019 nicht weiter steigt. Bestandsanlagen, die noch nach dem alten EEG gefördert werden, würden nach Ende der 20-jährigen Einspeisevergütung nach und nach aus der Umlage fallen. Dadurch würde die EEG-Umlage bis 2038 auslaufen und auf null Euro sinken.

Quelle: Bundesregierung; eigene Darstellung

Wie entwickeln sich die Steuereinnahmen in Deutschland?

Steuereinnahmen Bund, Entwicklung auf Basis der Steuerschätzung In Milliarden Euro



Die Steuereinnahmen des Bundes sind seit 2010 um gut 60 Milliarden Euro gestiegen. Dies betrifft auch die Einnahmen aus der Einkommen- und der Körperschaftsteuer. Somit haben Privathaushalte und Unternehmen im besonderen Maße zu Mehreinnahmen des Bundes beigetragen. Laut Steuerschätzungen wird sich die positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen auch in den kommenden Jahren fortsetzen.

Quelle: 149. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ November 2016